



## Antrag

der Abgeordneten **Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos, Andreas Lotte SPD**

### **Speicherpotenzial- und -standortanalyse für Pumpspeicherkraftwerke in Bayern schnellstmöglich fertigstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schnellstmöglich eine Speicherpotenzial- und Standortanalyse für Pumpspeicherkraftwerke in Bayern fertigzustellen und zu veröffentlichen.

#### **Begründung:**

Für das Gelingen der Energiewende im Strombereich ist neben dem Ausbau der Netze mittelfristig der Aufbau von Speicherkapazitäten von großer Bedeutung. Derzeit stellen Pumpspeicherkraftwerke die effizienteste Möglichkeit zur Stromspeicherung dar. Der Bau neuer Pumpspeicherkraftwerke steht dabei aber häufig im Spannungsfeld zwischen Natur- und Landschaftsschutz einerseits und der Erzeugung und Speicherung von klimafreundlichem Strom aus Erneuerbaren Energien andererseits. Ziel ist es sowohl unter Aspekten des Natur- und Landschaftsschutzes als auch unter energiewirtschaftlichen Gesichtspunkten die bestmögliche Auswahl an Standorten für mögliche Pumpspeicherkraftwerke treffen zu können. Dafür ist eine bayernweite Speicherpotenzial- und -standortanalyse unerlässlich.

Die SPD-Landtagsfraktion hatte eine solche Analyse schon im Dezember 2010 in einem Dringlichkeitsantrag (Drs. 16/6720) gefordert. Im bayerischen Energiekonzept „Energie innovativ“ vom 24. Mai 2011 verspricht die Staatsregierung: „In einer bayerischen Speicherpotenzial- und -standortanalyse sollen nicht nur mögliche Pumpspeicherstandorte in Bayern aufgenommen, sondern auch die Verbreitung von Speicher- und Barrieregesteinen sowie geeignete Speicherstrukturen in Bayern dargestellt werden“. In einer Antwort der Staatsregierung auf eine Schriftliche Anfrage (Drs. 16/14685) kündigt die Staatsregierung eine Veröffentlichung von Kernaussagen der Speicherpotenzial- und -standortanalyse für Ende des Jahres 2012 an.

Die Analyse wurde mehr als zwei Jahre nach deren Ankündigung durch die Staatsregierung immer noch nicht vorgelegt. Deshalb wird die Staatsregierung erneut aufgefordert, die Analyse schnellstmöglich fertigzustellen und zu veröffentlichen.